

## **Landwirtschaftsminister a. D. Josef Miller anlässlich einer Veranstaltung am 16. August 2017 in Peutenhausen, Gemeinde Gachenbach**

Sehr geehrter Erich Irlstorfer,  
liebe Veranstaltungsteilnehmer,  
sehr geehrte Bäuerinnen und Bauern!

Bedanken möchte ich mich ganz besonders für die Einladung von Erich Irlstorfer zu der heutigen Veranstaltung auf dem Spargelhof Karl in Peutenhausen. Ich finde, das ist eine gute Idee, politische Veranstaltungen direkt auf einem landwirtschaftlichen Betrieb durchzuführen.

Damit wird ganz konkret die Nähe der CSU-Politikern zu den Bauern zum Ausdruck gebracht. Gleichzeitig zeigen die Landwirte ihre Bereitschaft, die Hoftüre zu öffnen und den Politikern und Verbrauchern Einblick zu gewähren, wie Nahrungsmittel erzeugt und aufbereitet werden. Unsere Bauern arbeiten transparent, sie haben nichts zu verbergen.

Die Landwirte tun gut daran, einen engen Kontakt zur Politik zu pflegen. Früher stammten die Bürger, auch in den Städten, häufig noch von einem Bauernhof auf dem Land ab. Später waren es die Kinder, die bei Oma und Opa auf einem Bauernhof einen Teil ihrer Ferien verbrachten. Der direkte Bezug unserer Mitbürger zur Landwirtschaft ist weitgehend verloren gegangen. Darauf müssen wir uns einstellen.

Politische Entscheidungen in der Demokratie sind Mehrheitsentscheidungen. Die Landwirte und besonders auch der Landwirtschaftsminister brauchen politische Unterstützung deshalb nicht nur bei den Mitgliedern des Agrarausschusses, sondern auch von den anderen Abgeordneten der gesamten Fraktion. Dabei sind in der Politik Verlässlichkeit, Vertrauen und Glaubwürdigkeit sowie Respekt wichtige Eigenschaften.

Deshalb Dir lieber Erich Irlstorfer für Deine stete Unterstützung der Landwirtschaft im Deutschen Bundestag herzlichen Dank. Auf Dich ist Verlass.

Zu was heute eine Ministerin der SPD fähig ist, hat Frau Bundesministerin Barbara Hendricks geoffenbart: Der Bauernkalender ihres Ministeriums lässt jeden Respekt vor dem bäuerlichen Berufsstand vermissen. „Siehst du ein Schwein mit einem Bein, so ist wohl der Stall zu klein.“ – Herausgegeben ganz offiziell vom Bundesumweltministerium in Berlin. So gewinnt man nicht das Vertrauen, das für den Umweltschutz notwendig ist.

Weitere Sprüche möchte ich Ihnen und mir nicht zumuten, weil mir schlecht davon wird. Das ist von einem Mitglied der Bundesregierung nicht nur niveaulos und polemisch, sondern im höchsten Maße bauernverachtend.

Ich bin nur ein Bauernkind, aber meine Eltern haben mir noch Anstand beigebracht.

Da war es nur richtig, dass der bäuerliche Berufsstand die Rücknahme dieses offiziellen Ministerium-Kalenders gefordert und die CSU in Berlin, an der Spitze Ministerpräsident Seehofer, eine Rücknahme durchgesetzt hat.

Wenn Rot-Rot-Grün ans Ruder käme, was hoffentlich auch durch Ihren Einsatz, liebe Teilnehmer an der heutigen Veranstaltung, verhindert wird, hätte die Landwirtschaft in der Bundesrepublik keinen Stellenwert mehr. Es gibt dann kein eigenes Agrarministerium mehr, wie dies in anderen Bundesländern bereits der Fall ist, leider auch in unionsregierten Bundesländern.

Bayern – ein moderner Industrie- und starker Agrarstaat

Bayern ist heute ein moderner Industriestaat geworden und – was ich besonders herausstellen möchte, gleichzeitig ein starker Agrarstandort geblieben. Kaum anderswo war der Wandel größer als im Bereich der Landwirtschaft. Innerhalb von zwei Generationen hat sich ein gewaltiger Wandel vollzogen – von der Sense zum Großmähdrescher, vom Pferdegespann zum Hightech-Traktor, vom Handmelken zum Melkroboter, vom Handabzupfen zur Hopfenzupfmaschine.

Ehrliche Antwort: Hätten wir die technischen Entwicklungen verhindern können? Ich glaube es nicht. Ein sinnvoller technischer Fortschritt ist von niemandem auf Dauer zu stoppen. Nie hätten wir den Mähdrescher verbieten können. Seine Einführung hat zur Aufgabe von tausenden Bauernhöfen geführt. Ebenso wenig hätten wir die Melkmaschine oder den Roboter als Alternative gegenüber dem Handmelken, oder die Hopfenzupfmaschinen gegenüber dem Handzupfen verhindern können.

Unser Ziel war und ist, den Wandel so zu gestalten, dass er sozial verantwortbar und menschlich erträglich ist. Die Eltern, die keinen Hofnachfolger haben, investieren nicht mehr in den Betrieb und geben ihn mit Eintritt des Rentenalters auf. Die Flächen werden an andere Landwirte verpachtet und verbessern deren Rente.

Eine generelle Verarmung hat es in Deutschland in den letzten Jahrzehnten nicht gegeben. Die Felder werden bei uns in ganz Bayern flächendeckend bewirtschaftet, im Gegensatz zu Regionen in Spanien, Portugal, Frankreich, Bulgarien, Rumänien oder Polen. Deren Fluren schauen verheerend aus.

Die Betriebe, die weiterwirtschaften, haben verschiedene Möglichkeiten:

sie erhöhen die Produktion,

vertiefen die Wertschöpfung,

diversifizieren und bauen ihre Existenz auf mehreren Standbeinen weiter aus oder

sie erwirtschaften Zusatzeinnahmen durch außerlandwirtschaftliche Tätigkeiten, bewirtschaften den Betrieb im Nebenerwerb oder gründen außerlandwirtschaftliche Existenzen im ländlichen Raum.

Es gibt viele Alternativen, die Zukunft zu sichern. Die Betriebsgröße allein ist nicht der entscheidende Faktor. Es kommt auch auf die Neigungen und Begabungen an, die unterschiedlich sind. Strukturen wie in den neuen Bundesländern sind nicht das Ziel bayerischer Agrarpolitik.

Die Bäuerinnen und Bauern im Freistaat Bayern haben als Berufsgruppe die höchsten Produktivitätszuwächse pro Arbeitskraft, höher als in Industrie und Gewerbe. Unsere Bäuerinnen und Bauern stehen damit an der Spitze der Leistungsträger der Gesellschaft in unserem Land.

Sie kennen weder Mindestlohn noch Arbeitszeitbegrenzung, viele Urlaubstage noch Ruhestand. Eine solche Leistung kann man nur erbringen, wenn man Freude am Beruf hat und die Freude daran größer als die Arbeit ist. Wer sieben Tage in der Woche von frühmorgens bis spätabends seine Arbeitskraft einbringt und Risiken eingeht, dem steht auch eine anständige Entlohnung zu.

Diese Leistungen sind heute nur möglich durch den Einsatz modernster Technik mit einem immensen Kapitalbedarf. Die technische Entwicklung von heute bestimmt aber die Struktur der Landwirtschaft von morgen. Im Gegensatz zu früher haben unsere Bauern in Bayern inzwischen die modernste Agrartechnik weltweit. Das war früher nicht so.

Damals war die Landwirtschaft in den USA und Kanada sowie in Australien der deutschen Landwirtschaft bei weitem überlegen. Mit unserer heutigen Technik wird die Schlagkraft wesentlich erhöht, die Arbeitsqualität massiv verbessert, das Tierwohl vergrößert und damit die Bäuerinnen und Bauern von der Schwerarbeit entlastet.

Auch einer Kuh geht es heute in einer modernen Stallung sehr viel besser als früher, weil sie inzwischen selbst entscheiden kann, wann sie fressen und gemolken werden möchte. Ich bin mir sicher, auch unsere Bäuerinnen und Bauern wollen nicht wirklich in die sogenannte „Gute alte Zeit“ zurück.

Wo geht die technische Entwicklung in der Landwirtschaft hin? Was die Größe der Maschinen angeht, die auf öffentlichen Straßen fahren, sind wir an Grenzen angelangt. Die Entwicklung geht nicht mehr in die Richtung immer größer, höher und weiter, sondern ganz stark in Richtung Digitalisierung. Die moderne Technik ist tierfreundlich, umweltverträglich und menschenfreundlich.

Unser Ziel muss es sein, unseren Familienbetrieben Zugang zu dieser neuen Technik zu verschaffen. Dem dient die Offensive Land- und Forstwirtschaft 4,0 „Bayern Digital“ und das Höfeprogramm für die Landwirtschaft beim Breitbandausbau (100 Mio. Euro, 85 Stellen).

Nicht mehr die körperliche Arbeit ist es, sondern die Managementaufgaben sind es, die ständig zunehmen und den Betriebsleiter fordern. Ohne eine solide Ausbildung kann der Beruf eines Landwirts heute nicht mehr ausgeübt werden. Eine ordentliche Lehrzeit mit abschließender Gehilfenprüfung und der Besuch der Meisterschule gehört heute zur Grundausbildung eines nahezu jeden Landwirts.

Es freut mich ganz besonders, dass es mir gelungen ist, die Landwirtschaftsschule zu einer Meisterschule zu machen. Heute kommen 40 % der gesamten deutschen Landwirtschaftsmeister eines Jahrgangs aus Bayern.

Ich kann Ihnen nur raten, liebe Bäuerinnen und Bauern, investieren Sie auch künftig nicht nur in Gebäude, Maschinen und Landtechnik. Investieren Sie auch in Wissen und Können, denn das Bessere ist des Guten Tod und wer aufhört besser werden zu wollen, hat aufgehört gut zu sein.

Nicht nur in der Landwirtschaft, auch in der Wirtschaft gibt es dafür viele Beispiele. Zudem verfügt Bayern über sehr viele hochrangige Forschungseinrichtungen. Die Technische Universität, die Hochschule und die Forschung der Bayerischen Landesanstalten für Landwirtschaft und für Forsten sind zum großen Teil in Freising-Weihenstephan vereint.

Unser Landwirtschaftsminister Helmut Brunner hat zusätzliche Fördermittel für Innovationen in der Landwirtschaft bereit gestellt. In Ruhsdorf wird zusätzlich ein Digitalisierungszentrum für die Landwirtschaft errichtet. Zusätzlich müssen die Themen Ökosystemforschung, Tierverhaltensforschung und Diversifizierung weiter vorangebracht werden.

Die Bayerische Landwirtschaft hat gute Voraussetzungen – auch durch die beste staatliche Förderungen und überbetriebliche Zusammenarbeit. So ist Bayern das einzige Land, das Maschinenringe noch fördert.

Zudem ist sie mit Ausnahmen von mittel- und unterfränkischen Gebieten mit einem angemessenen Anteil von Niederschlägen gesegnet. Ohne Wasser kein Leben.

Man darf sich weder in der Agrarpolitik noch in der Landwirtschaft von dem Erreichten ausruhen. Nach oben kommen ist schwer, oben bleiben noch viel mehr.

Bayern hat nachweislich mit Abstand die höchste Agrarförderung aller Bundesländer. Nennen Sie mir das Bundesland, das insgesamt für die Land- und Ernährungswirtschaft mehr tut als Bayern. Das war und ist ein großes Anliegen. Sie finden keines – und das muss auch so bleiben. Und dazu wird die Unterstützung von Erich Irlstorfer gebraucht.

Vorbild für die Direktzahlungen im Rahmen der europäischen Agrarpolitik ist die CSU. Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat schon 1986 den Jahrhundertvertrag mit der Landwirtschaft begründet. Ein Viertel des Staatseinkommens der Bauern sollte demnach durch Direktzahlungen der öffentlichen Hand für nicht bezifferbare Leistungen der Bauern für die Allgemeinheit erfolgen. Inzwischen wurde der Jahrhundertvertrag nicht nur eingehalten, sondern weit übertroffen.

Jetzt gilt es, die Höhe der Direktzahlungen zu erhalten, die durch die Fehlbeträge des Brexit-Ausschlusses und die Grenzsicherung der Europäischen Union bedroht sind, was nicht leicht wird. Eine Verschiebung der Finanzmittel von der ersten auf die zweite Säule ist aus bayerischer Sicht nicht notwendig. Bayern hat mit großen Abständen die meisten Mittel in der zweiten Säule.

Dringend erforderlich ist jedoch, eine noch wesentlich stärkere Förderung der ersten Hektare in der ersten Säule, um die Akzeptanz des Programmes auf Dauer zu sichern.

„Überall in der EU gibt es große Lebensmittel-Einzelhändler, die sich unfaire Praktiken gegenüber den Landwirten bedienen.“ Diese Aussage kommt nicht von mir, sondern von den EU-Kommissaren Hogan und Verstager. Hogan erklärte weiter: „Die Landwirtschaft leidet unter dem geringen Anteil an der Wertschöpfung. Die Marktstabilität nimmt ab und die Preisschwankungen nehmen zu. Dieses Ungleichgewicht der Kräfte ist der Grund, warum Milch manchmal billiger ist als Wasser,“ so Hogan.

Es ist nicht fair, wenn die großen Spieler in dem Markt eindeutig die Bedingungen diktieren:

Mit welchem Recht verlangt der Handel Leistungsgebühren, dass Produkte verkauft werden können? Sie müssen verboten werden, weil sie durch nichts zu rechtfertigen sind.

Warum wird auf der Verpackung neben der Handelsmarke nicht auch in gleich großer Schrift der Hersteller angegeben? Weil damit die Waren austauschbar werden!

Es gehört verboten, dass der Handel in Zeiten fallender Preise die Lieferverträge einfach einseitig aufheben kann.

Es muss eine Zahlungsfrist von nicht mehr als 30 Tagen eingeführt und gewährleistet werden.

Unbefristetes Verbot von Verkauf unter dem Einkaufspreis muss gesichert sein.

Es ist grotesk, wenn in Grenzregionen auf die Autobahnmaut verzichtet werden soll, weil die Verbraucher aus den Nachbarstaaten in Deutschland billige Nahrungsmittel kaufen.

Der Agrarsprecher der EVP-Fraktion, der bayerische Abgeordnete Albert Deß, wird nicht müde, diese Forderungen immer wieder in die europäische Agrarpolitik einzubinden.

Liberalisierung der Agrarmärkte führt zu großen Markt- und Preisschwankungen. Deshalb wurde bei der Aufgabe der Milchquote ein „Softlanding“ von der EU versprochen. Gemacht wurde lange nichts.

Die Frage, wie einem Verfall des Milchpreises entgegengewirkt werden kann, muss jetzt beantwortet werden und nicht erst, wenn der Ernstfall eintritt. Das fordert auch der Bayerische Agrarminister Helmut Brunner.

#### Maßnahmen zur Milchpreisstabilisierung

1. Ein Zurück zur Quote wird es nicht geben.
2. Wir haben eine soziale Marktwirtschaft
3. Das Hauptziel könne nicht absolute freie Märkte sein.

#### Eigenverantwortung der Marktbeteiligten

In einer sozialen Marktwirtschaft sind alle am Markt Beteiligten gefordert, endlich mehr Eigenverantwortung zu übernehmen. Die Milchproduktion muss sich künftig näher am Marktgeschehen orientieren. Es gilt in erster Linie die Lieferbeziehungen neu zu gestalten und die Milchkaufverträge zu ändern.

Es kann doch nicht sein, dass bei stark fallenden Preisen die Molkereien stark steigende Mengen aufgrund bestehender fester vorgegebener Verträge aufnehmen müssen und die damit hergestellten Produkte oder Milchmengen nur an Spottmärkten zu Spottpreisen absetzen mit dem Ergebnis, dass das gesamte Milchpreisgefüge einer Molkerei nach unten gezogen wird.

Die Gewinner sind der Lebensmittelhandel, die Molkereien, z. T. der Verbraucher – Verlierer sind die Landwirte.

Als erstes haben die Großbetriebe in den neuen Bundesländern die Milchproduktion für immer eingestellt. Die bäuerlichen Betriebe ohne Lohnkosten können Preisrückgänge länger, aber nicht auf Dauer ertragen. Der Handel und die Verarbeitungsbetriebe stehen in der Verantwortung für die Sicherung der Rohstoffquellen im eigenen Land, der sie gerecht werden müssen.

Was kann der Staat tun?

Auch von staatlicher Seite sind neue Maßnahmen notwendig. Aber für staatliche Beihilfen allein, wie das Hilfspaket, das deutschlandweit 581 Mio. Euro kostete, wird weder die Politik noch der Steuerzahler nicht mehr bereit sein, Finanzmittel in dieser Höhe zur Verfügung zu stellen.

Folgende Maßnahmen sind erforderlich:

Die Marktbeobachtungsstelle der Europäischen Union muss zu einem Frühwarnsystem weiterentwickelt werden.

Es müssen deshalb Möglichkeiten geschaffen werden, dass bei schweren Marktverwerfungen eine zeitlich befristete entschädigungslose Mengenreduzierung auf EU-Ebene möglich wird.

Ebenso müssen spontane Interventionsmaßnahmen ohne Vorankündigung möglich sein.

Der Interventionspreis von ca. 21 ct/kg Milch muss angehoben werden.

Diskussion um die Trinkwasserqualität

In letzter Zeit hat sich die Diskussion um die Wasserqualität wieder verstärkt. Tatsache ist, dass in Bayern das Trinkwasser eine hohe Qualität hat im Vergleich zu anderen Bundesländern, die das Wasser aus Speicherseen bzw. entlang von Flussläufen entnehmen und aufbereiten müssen.

Bei uns kann das Wasser so wie es aus der Leitung bzw. aus dem Boden kommt, unbehandelt getrunken werden - und das muss auch so bleiben. Der Landwirtschaft selbst muss der Schutz des Wassers ein großes Anliegen sein (24 von 1.768 Wasserversorgungsanlagen bereiten in Bayern Trinkwasser wegen Rückständen von Nitrat und Pflanzenschutzmitteln auf).

Probleme bestehen

1. bei sandigen, sehr durchlässigen Böden mit geringen Wasserhaltevermögen, vor allem in Gebieten mit geringen Niederschlägen.

2. durch Landwirte, die nicht flächengebunden produzieren, ihr Futter von weither beziehen und die Gülle vermehrt auf hofnahe Felder ausbringen

Zur Problemlösung können sogenannte Güllebörsen beitragen. Ausbringen von einem Teil der Gülle auf hofeigenen Flächen von anderen Bauern z. B. mit viehlosen Betreibern.

Der Anbau von zusätzlichen Zwischenfrüchten im Herbst (Greening) wird Abhilfe bringen.

Nach langen Auseinandersetzungen konnte eine Lösung, die für die Landwirte in den Gebieten mit einer intakten Wasserqualität machbar ist:

die Sperrfristen für die Gülleausbringung bei Getreide nach der Ernte mit Ausnahme von Zwischenfruchtanbau bis zum 1. Oktober .

Es gibt Ausnahmeregelungen bei Ausbringungstechnik und Aufzeichnungen. Phosphatdüngung wird weiterhin möglich sein, grundsätzlich ist die Fortführung der Derogationsregelung auch künftig möglich.

Ziel ist die Kreislaufwirtschaft, dass dem Boden das an Nährstoffen, was durch die Ernte an Nährstoffen entzogen wurde, auch in Form von Gülle wieder zugeführt wird.

Es geht darum, dass dort

wo die Nitratwerte stimmen, dies auch in Zukunft so bleibt,

wo sich die Nitratwerte verschlechtern, eine Umkehr erfolgt,

wo die Grenzwerte überschritten werden, diese künftig wieder unterschritten werden.

Bei Annäherung ab 37,5 mgr Nitrat/Liter an die 50 mgr/Ltr und darüber werden einige Maßnahmen eingeführt wie:

Festlegung von sog. Gebieten mit zusätzlichen Auflagen

Stoffstrombilanz für viehintensive Biogasbetriebe

längere Sperrfristen und größere Gewässerabstände

Bezüglich der Ausnahmeregelungen, Gebietsfestlegungen und anrechenbaren Nährstoffverlusten wird noch nach praktikablen Regelungen gesucht. Von Seiten des Landwirtschaftsministeriums wird mit EDV-Programmen und Demonstrationsbetrieben die Umsetzung mit Rat und Tat begleitet.

Es werden zusätzliche Wasserberater bereitgestellt, der Wasserpakt zwischen Kommunen und Landwirten auf ganz Bayern ausgedehnt, sowie zusätzlich 120 Mio. Euro/Jahr für gewässerbezogene Maßnahmen im bayerischen Kulturlandschaftsprogramm bereitgestellt.

Wasserschutz ist auf der gesamten Fläche und nicht nur in den Schutzgebieten notwendig. Die Landwirte selbst müssen ein großes Interesse an intaktem Wasser haben.

Landwirtschaft – Beruf mit dem höchsten Ansehen

Was besonders erfreulich ist und in der Öffentlichkeit kaum zur Kenntnis genommen wurde ist, dass die Bevölkerung die Bedeutung der heutigen Landwirtschaft für die Gesellschaft, Natur und Wirtschaft bewusst ist. Sie betrachtet zudem den landwirtschaftlichen Beruf als einen der wichtigsten und zukunftsträchtigsten Berufe. Das geht aus einer Emnit-Umfrage vom Februar dieses Jahres hervor. Das Ansehen der Bäuerinnen und Bauern fällt in der Bevölkerung durchwegs positiv aus (79 %). Die moderne Landwirtschaft wird von 61 % der Bundesbürger anerkannt. 32 % sehen sie kritisch.

Im Ranking der Berufe ist der Beruf des Landwirts sogar vom dritten Platz auf Platz 2 vorgerückt, hinter den Ärzten und vor den Polizisten. Das ist ein erfreuliches Ergebnis, das unseren Bäuerinnen und Bauern Mut machen sollte. Sie können zu Recht darauf stolz sein.

Es gäbe noch viel anzusprechen, warum die Landwirte eigentlich nur die CSU wählen können. Hierzu nur noch ganz kurz einige Stichworte:

Warum sind bei den „Grünen“ Agrarexporte schlecht und in der Wirtschaft gut?

Auswirkungen des Anbindeverbotes für kleine Betriebe, z.B. im Allgäu.

Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer sind zwar nicht in den Wahlprogrammen, aber immer noch auf der Tagesordnung.

Wir müssen auch darüber reden, was es langfristig bedeutet, wenn Nichtlandwirte den Bauerngrund aufkaufen.

Guter Vorschlag von Seehofer: Die Steuerfreiheit für steuerfreie Reinvestitionen nicht nur in die Landwirtschaft, sondern auch in den Wohnungsbau

Jetzt ist jeder gefordert. Da kann der Irlstorfer Erich selber nicht viel machen, weil er hat auch nur eine Stimme. Wir brauchen aber viele.

Gehen Sie zur Wahl und machen Sie die Anderen darauf aufmerksam und verlassen Sie sich nicht darauf, dass die Nachbarn schon zur Wahl gehen und CSU wählen werden.

Wählen Sie Erich Irlstorfer!

Deshalb bin ich heute von Memmingen zu Ihnen gekommen.